2006, Ausgabe Nr. 9

01.08.2006

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

GRÜNE erwarten keine großen Sprünge

Kommende Woche enden die Sommerferien und mit dem neuen Schuljahr wird auch das neue Schulgesetz der schwarz-gelben Landesregierung zur Anwendung kommen. Zu dem Gesetz, das von der Gladbecker CDU-Ratsfrau Anke Hein verteidigt wird, nimmt der Stadtverbandssprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bernd Lehmann, Stellung:

Im Prinzip klingen die von der Landesregierung proklamierten Zielsetzungen, die auch CDU-Frau Hein unterstreicht, gut: Individuelle Förderung, mehr Durchlässigkeit und Chancengleichheit sind Ziele, die auch von Grünen unterschrieben werden können. Im Schulgesetz stehen sie allerdings nur auf dem Papier. Tatsächlich wird das dreigliedrige Schulsystem weiter zementiert und die Auslese gefördert. Mit der Einführung verbindlicher Grundschulgutachten und des Prognoseunterrichts wird die Entscheidung über den Bildungsweg eines Kindes noch früher und noch definitiver vorgenommen. Das Elternrecht auf Entscheidung über den weiteren Bildungsweg der Kinder wird faktisch abgeschafft.

Auch die von Frau Hein vielbeschworene Durchlässigkeit des Schulsystems, also der Wechsel von Haupt- und Realschule auf das Gymnasium, bleibt leider eher die Ausnahme als die Regel. Durch die Einführung eines neuen Modells der Schulzeitverkürzung, welches das Gymnasium von den anderen Schulformen der Sekundarstufe I abkoppelt, wird aufgrund der notwendigen Verdichtung des Unterrichtsvolumens am Gymnasium der Wechsel zwischen den Schulformen faktisch unmöglich gemacht. Die Gräben zwischen den Bildungsgängen werden weiter vertieft, indem für die Schulformen der Sekundarstufe I unterschiedliche Bildungsziele festgeschrieben werden.

Die Liste der schulpolitischen Fehlleistungen ließe sich fortsetzen. Nicht umsonst hagelte es in den sieben Anhörungen innerhalb des Gesetzgebungsfahrens Kritik von sämtlichen Experten. Das Schulgesetz hält nicht, was es verspricht. Da können Frau Hein und die CDU noch soviel beschönigen. Es ist kein Modell, die Herausforderungen der Wissenschaftsgesellschaft im 21. Jahrhundert zu meistern.

Details auf der nächsten Seite.

Mehr Schein als Sein: Das neue schwarz-gelbe Schulgesetz

Die an sich guten Zielsetzungen wie individuelle Förderung und Durchlässigkeit zwischen den Schulformen werden durch die konkreten Maßnahmen konterkariert . Dies spiegelt sich in den nachfolgenden Aspekten wider.

Individuelle Förderung bleibt eine Floskel, denn:

• es besteht kein Rechtsanspruch auf individuelle Förderung, und die notwendigen Rahmenbedingungen werden nicht geschaffen;

In Lehrerköpfen werden falsche Vorstellungen genährt, denn:

• die Illusion weitgehend homogener Lerngruppen wird aufrechterhalten. Damit wird die notwendige Professionalisierung der Lehrkräfte im positiven Umgang mit der Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler verhindert.

Soziale Spaltung wird verschärft, Chancengleichheit wird vermindert, denn:

• die Abschaffung der Grundschulbezirke wird zur sozialen Entmischung in den Grundschulen beitragen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Problematik erkannt und aktuell den Weg eingeschlagen, Schulbezirke dezidiert zur Steuerung der Schülerströme und zur sozialen Mischung der Schülerschaft zu nutzen;

• die Landesregierung zieht sich aus der Verantwortung, die Ausstattung aller Kinder und Jugendlicher mit den notwendigen Büchern und Lernmaterialien sicherzustellen. Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II und von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden nicht von den Zuzahlungen zu den Lernmitteln befreit. Kommunen und Eltern wird der Schwarze Peter zugeschoben;

• mit der Einführung verbindlicher (er) Grundschulgutachten und der Einführung des Prognoseunterrichts wird die Entscheidung über den Bildungsweg eines Kindes noch früher und noch definitiver vorgenommen. Das Elternrecht auf Entscheidung über den weiteren Bildungsweg wird faktisch abgeschafft;

Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wird vermindert, denn

• durch die Einführung eines neuen Modells der Schulzeitverkürzung, welches das Gymnasium von den anderen Schulformen der Sekundarstufe I abkoppelt, wird aufgrund der notwendigen Verdichtung des Unterrichtsvolumens am Gymnasium der Wechsel zwischen den Schulformen faktisch unmöglich gemacht;

• indem für die Schulformen der Sekundarstufe I unterschiedliche Bildungsziele festgeschrieben werden, werden auch die Gräben zwischen den Bildungsgängen vertieft. Die proklamierte Neubelebung der Hauptschule wird von der Wirklichkeit eingeholt und ist längst widerlegt, denn der aktuelle Bildungsbericht weist aus, dass Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss auch in der dualen Ausbildung weniger Chance haben. Die Übergangsquoten in die Schulform Hauptschule sind zum neuen Schuljahr weiter dramatisch zurückgegangen.

Das Schulgesetz ist kommunalfeindlich, denn

• Durch die Aufhebung der Grundschulbezirke wird die Schulentwicklungsplanung erschwert; Kommunen haben keine Möglichkeit mehr, Schülerströme zu lenken – auch um eine zunehmende Ghettoisierung der Stadtviertel zu vermeiden. Die Landesregierung, die angeblich auf mehr Freiheit setzt, verweigert den Kommunen auch eine Kompromisslösung, die die Entscheidung über Grundschulbezirke bei den Kommunen selbst ansiedelt.

Die Entscheidung über ihre spätere Zukunft wird noch früher und noch definitiver vorgenommen.

• Durch die Einschränkung von Schulverbünden, nimmt die Landesregierung den Kommunen die Flexibilität, angesichts sinkender Schülerzahlen ein wohnortnahes Angebot aller Bildungsgänge vorhalten zu können.

• Noch immer ist unklar, ob es hinsichtlich des finanziellen Ausgleichs für neue den Kommunen übertragene Aufgaben zu einer Verständigung zwischen Land und Kommunen kommen wird, wie es das in der Verfassung verbürgte Konnexitätsprinzip erfordert.

Quo vadis Selbstständige Schule...

• Das Schulgesetz reduziert den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Eigenverantwortung auf die Übertragung der Dienstvorgesetztenfunktion auf die Schulleitung und vernachlässigt die Notwendigkeit, den Schulen größere pädagogische Freiheiten einzuräumen.

• Es ignoriert, dass Schulen mit zunehmender Selbstständigkeit und Eigenverantwortung neue Beratungs- und Unterstützungsfunktionen brauchen, wie sie mit der Reform der Schulaufsicht im gültigen Schulgesetz angelegt waren.

Teilhabe und Verantwortungsübernahme sind nicht gewollt.

• Die Abschaffung der Drittelparität in der Schulkonferenz beschneidet die Mitspracherechte von Eltern und der Schülerinnen und Schüler. Wer die Qualitätsentwicklung an Schulen will, kann auf gelebte Partizipation nicht verzichten. Vierzehnjährige Schulschwänzer sollen zukünftig „er-wachsen genug“ sein, um mit Bußgeldern belegt zu werden, ihre aktive Rolle in Entscheidungsprozessen der Schuleist aber nicht mehr erwünscht.

Wünscht sich der Bürgermeister den teuersten Parkplatz der Republik?

„Ich danke Ihnen für Ihre umfassende Auflistung der Beschlüsse des Stadtplanungs- und Bauausschusses zum Thema Parken auf dem Marktplatz“, antwortet Bürgermeister Ulrich Roland (SPD) den GRÜNEN auf deren Kritik, die Verwaltung wolle den neugestalteten Platz als Parkplatz ausweisen.

Ulrich Roland: „Es wäre durchaus überlegenswert, diese Fläche als Parkplatz zu nutzen!“

Mit viel Geld für eine neue Pflasterung, Bäume, Beleuchtung und technische Infrastruktur wurde die vormalige Asphaltwüste zu einem Platz aufgewertet. Viel Aufwand für ein bisschen mehr Blech in der Stadt? 30 Parkplätze stehen zur Diskussion.

Die geltenden Beschlüsse seien der Stadtverwaltung bekannt. „Die von mir eingesetzte Arbeitsgruppe wird sich mit der Gesamtsituation des Marktes und des Marktplatzes auseinandersetzen“, kündigt der Bürgermeister in dem Schreiben an. Dazu gehöre selbstverständlich auch das Thema Parken. „Genauso selbstverständlich ist aber auch, dass vor einer möglichen Realisierung zusätzlicher Parkplätze im Bereich des Marktplatzes der zuständige Ratsausschuss ordnungsgemäß beteiligt wird“, gesteht Roland ein.

„Man muss nicht einmal zwischen den Zeilen lesen, um zu erkennen, welches Ziel der Bürgermeister verfolgt“, kommentiert der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN; Mario Herrmann, das Schreiben der Stadtspitze. „Nachdem wir über zwei Millionen in die Gestaltung unsers Marktplatzes, in die Baumreihen, das Pflaster und die Beleuchtung investiert haben, wünscht sich der Bürgermeister den teuersten Parkplatz der Republik!“

Um den Wochenmarkt zu stabilisieren, steht Roland einer Rückverlagerung eines Teils der Händler in die Horster Straße offen gegenüber. Hierdurch würden auf der Ostseite des Marktplatzes Flächen frei. „Insofern wäre es durchaus überlegenswert, diese Flächen als Parkplatz zu nutzen“, schreibt der Bürgermeister.

Den GRÜNEN kommt diese „ Denke“ bekannt vor: „Erst reißen die Genossen in den 80er Jahren die Südbebauung des Marktplatzes unter dem Ideal einer autogerechten Stadt ab und bauen die vierspurige Wilhelmstraße und nun will der Bürgermeister den jungen, teils reparierten Platz wieder dem Blech opfern“, so Herrmann. „Traurig, dass einige Entscheider immer nur durch die Windschutzscheibe denken können“.

→ Schreiben a. d. Bürgermeister

→ Antwort des Bürgermeisters

Planung war zum Scheitern verurteilt

Zu dem Artikel "Im Schatten der Rotoren" vom 19.07.2006 nimmt der Stadtverbandssprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bernd Lehmann, Stellung:

Die Aussage in dem Artikel, meine Fraktion wäre gegen eine Vorrangfläche nördlich von Wiesenbusch, ist so nicht richtig. Die von der Ratsmehrheit geführte Debatte war immer von Überlegungen geprägt, wie man die Ansiedlung von Windkraftanlagen verhindern kann, anstatt sie zu positiv zu steuern. Auch der Vorschlag der SPD-Fraktion, statt der Fläche in Ellinghorst lieber den Bereich in Rentfort als Konzentrationszone auszuweisen, folgte eher dem St. Florians-Prinzip. Mit Blick auf das vermeintliche Wählerklientel in Ellinghorst verschob man die befürchtete Belastung in andere Ortsteile.

Da nie ein ernsthaftes Interesse bestand, tatsächlich der Windkraft als alternativen Energieträger auch in Gladbeck eine Chance zu geben, haben wir Grünen diesen Schaudebatten unsere Zustimmung verweigert. Für eine Windkraftvorrangfläche war die vorgeschlagene Fläche in Rentfort viel zu klein, da sie gemäß der Intention des Gesetzgebers als Konzentrationszone mindestens drei Anlagen Platz bieten muss. Dies räumte später auch die Verwaltung ein. Auch die Höhenbegrenzung auf 100 m widersprach dem vorgegaukelten Windkraft-Förderungsziel, da Anlagen unter 100 m in Gladbeck nicht wirtschaftlich zu betreiben sind und es damit faktisch zu keiner Ansiedlung käme.

Da sich die Ratsmehrheit mit diesen inhaltlichen Aspekten nie befassen wollte, war das ganze Verfahren letztendlich zu Scheitern verurteilt. Hiervor hatten wir schon im Juni letzten Jahres gewarnt. Leider vergebens.

→ mehr Infos im Netz

Am 12. August kommt Samba nach Gladbeck

Brasilianische Gefühle werden am 12. August in Gladbeck geweckt. Die Samba7-Tour macht Station auf 2 Open Air Bühnen auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Rathaus und am Hotel Gladbeck, in der Stadthalle und in 6 Kneipen in der Stadt!

Nach dem enttäuschenden Auftritt der brasilianischen Stand-Fußballer bei der WM werden beim Samba7 Festival am 12. August mehr als 50 Musiker, Tänzer und DJ`s echt brasilianisches Lebensgefühl vermitteln und versprechen, mit ihrer Musik alle Hüften in Bewegung zu bringen.

Mit dem Festival wollen Gladbecker Gastronomen und Stadt an die außerordentlich positive Resonanz von „ Gladbeck Live“ am 1. April anknüpfen. Das Samba7 Festival wird von demselben Veranstalter organisiert wie die Kneipennacht und war im letzten Jahr bereits in Trier, Mönchengladbach, Leverkusen und Mainz ein toller Erfolg.

Dieser Erfolg soll in Gladbeck jetzt wiederholt werden. Den ganzen Sommer über traf man gut gelaunte, fröhliche Menschen in der Stadt. Und genau so kann am 12. August, mitten in der heißen Jahreszeit, in Gladbeck noch einmal ausgelassen gefeiert werden.

Faszinierend, klangvoll und lebensfroh präsentiert sich der Original Import vom sonnigen Kontinent. Um die Vielfalt des brasilianischen Klangkosmos authentisch nach Gladbeck zu bringen, wurden Top Combos verpflichtet. So wird an diesem Wochenende ein warmer Hauch der Copacabana durch die Straßen Gladbecks wehen. Da werden Urlaubsgefühle wieder wach! Geboten wird ein Querschnitt durch alle populäre Sambaformen. Der spielerische Umgang mit der Vielfalt der Stile und Rhythmen, mit Tradition und Moderne steht im Mittelpunkt des Abends.

Das Festival ist eine Reise durch das Land des Zuckerhuts. Angefangen im Nordosten über Bahia nach Rio de Janeiro. Die Musiker präsentieren ihre Heimat, zelebrieren ihre Sounds und Rhythmen auf den beiden Open Air Bühnen sowie in sieben Indoor-Locations. Dabei treten sie in traditionellen Kostümen auf und versprühen Exotik und farbenfrohe Stimmung.

Die Open Air Bühnen:
- Willy-Brandt-Platz am Rathaus Gladbeck, Beach Area &
- Open Air im Hotel Gladbeck Van der Valk

Sommerliche Rhythmen verspricht das Samba7-Festival (Foto: www.samba7.de).

Die Locations: Brauereihotel Alte Post, Vanilla Lounge, Stadthalle Gladbeck, Café Kaiser, Hotel Gladbeck Van der Valk, Die Ente & Haus Hoff.

→ Veranstaltungsprogramm

Umweltpreis mit 7.000 Euro ausgeschrieben

Umweltschutz hat in Gladbeck einen hohen Stellenwert und die Verleihung des Umweltpreises hat inzwischen Tradition. In diesem Jahr ist der Umweltpreis mit 7.000 Euro dotiert.

Die Stifterfirmen Deutsche Rockwool Mineralwoll GmbH, Emscher Lippe Energie GmbH (ELE), INEOS Phenol GmbH, Pilkington Deutschland AG und Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH ermöglichen auch in diesem Jahr wieder die Vergabe des beliebten Preises. Bewerben um den Umweltpreis der Stadt Gladbeck kann sich jeder, - alleine oder mit einer Gruppe - der sich in Gladbeck für den Natur- und Umweltschutz engagiert.

Die Einsendungen der vergangenen Jahre zeigen, dass das Engagement in diesem Bereich sehr vielfältig sein kann. Mit der Vergabe des Preises soll das Verständnis für den Umweltschutz geweckt und zum praktischen Handeln angeregt werden. Zum anderen ist diese Auszeichnung auch eine Anerkennung für diejenigen, die sich im Natur- und Umweltschutz engagieren und Projekte in Gladbeck durchgeführt haben. Wer sich aktiv für die Umwelt in Gladbeck einsetzt, sollte sich daher auf jeden fall bewerben. Denn: Mitmachen zum Wohle unserer Umwelt lohnt sich!

Bewerbungen und Vorschläge können noch bis zum 15. Oktober 2006 bei der Stadtverwaltung Gladbeck, Willy-Brandt-Platz 2, Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21 im Bürgermeisterbüro eingereicht werden. Dort gibt es auch Bewerbungsbögen und Dokumentationen über Einsendungen der letzten Jahre.

Weitere Auskünfte geben Dr. Dieter Briese und Eva Klein vom Umweltreferat unter den Rufnummern: 99-2610 und 99-2116.

→ Ausschreibung Umweltpreis

GRÜNE wollen Service weiter optimieren

Digitaler Bauantrag soll Kosten und Aufwand reduzieren

Innerhalb von acht Wochen bekommt jeder Bauherr in Gladbeck eine Baugenehmigung - in der Regel sogar bereits nach sechs. Das verspricht das Servicegütesiegel der Stadtverwaltung. Die Grünen wollen diesen Service ausbauen.

"Die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauamtes wurden von allen Fraktionen gewürdigt", lobt der Sprecher der Grünen, Bernd Lehmann, die Erfolge des Serviceversprechens. Im letzten Bauausschuss hatte der Leiter der Bauordnung, Günther Eberl, das selbstgesteckte Ziel, mit dem Investoren und Bauherrn verlässliche Planungsperspektiven geboten werden, vorgestellt. "Man kann immer noch besser werden", fordern die Grünen jetzt mit einem Antrag, sich auf diesen Lorbeeren nicht auszuruhen. Im Blick haben sie die Digitalisierung des Bauamtes.

Verwaltung und Investoren können Zeit und Kosten sparen, wenn Bauanträge digital eingereicht würden. Untersuchungen gehen von Einsparpotenzialen bei Architekten in Höhe von 2.000 Euro je Bauantrag aus. Auch die Beteiligungszeiten ließen sich damit beschleunigen, da alle betroffenen Fachbehörden parallel zur Stellungnahme aufgerufen werden können. "Der Bauantrag muss nicht mehr zeitraubend mit der Hauspost durchs ganze Rathaus geschleppt werden", unterstreicht Lehmann die Verfahrensvorteile. Für die Verwaltung bietet sich die Möglichkeit an, das Bauarchiv digital aufzubauen. Kartenwerke der Vermessungsabteilung können ebenfalls digital gegen Gebühren zur Verfügung gestellt werden.

Lehmann: "Wir wollen eine Strategie erarbeitet wissen, wie wir unseren Service auch zukünftig optimieren können. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen, aber es macht Sinn, sich neue Ziele zu stecken!"

→ Antrag „Digitales Bauamt“

Kommunale Probleme heute:

- Koordinations- und Routinearbeiten binden Mitarbeiter
- Versand / Materialkosten hoch
- Negativer Deckungsbeitrag pro Bauantrag
- Zunahme von Umbauanträge
- Zusammenarbeit mit anderen Ämtern schwierig
- Kosten- und Leistungsrechnung pro Amt nicht umsetzbar

Probleme des Antragsstellers:

- Hohe Anzahl Amtsbesuche
- Personal- und Zeitaufwand für Logistik
- Porto- und Reprokosten zu hoch
- Wettbewerbsvorteil durch Verbindung mit kurzen Genehmigungszeiten

Vorteile des digitalen Bauamtes:

- Schnelle Baugenehmigung
- Erhöhung der Servicequalität
- Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen
- Transparenz wird ermöglicht
- Vereinfachte, projektbezogene Kommunikation
- Projekthistorie
- Onlinehaltung der Daten
- Parallelisierung von Einwendungen und Stellungnahmen

- Geringere Prozesszeiten durch internetbasierte Kommunikation
- Positiveres Image ggü. Bauherr durch kürzere Prozesszeiten
- Datenhaltung auf Internet-Plattform, daher keine Notwendigkeit zum Ausdrucken

VHS-Gutscheine für Bezieher von Arbeitslosengeld II

Ab 2. August sind mit Erscheinen des neuen VHS-Programmheftes Anmeldungen für die Veranstaltungen des im September beginnenden Herbstprogramms der Volkshochschule möglich.

Bezieher von Arbeitslosengeld II können für diese Veranstaltungen VHS-Gutscheine einlösen, denn: Weiterbildung bei der VHS soll nicht am Preis scheitern. Deshalb wendet sich die städtische Einrichtung auch gezielt an Interessierte mit geringem Einkommen. So zahlen z. B. Schüler, Studierende, Auszubildende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende schon immer nur den halben Entgeltbetrag.

Daneben gibt es seit September 2005 eine Neuerung: Inhaber der Gladbeck-Card, die mindestens 16 Jahre alt sind und Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen, können einen VHS-Gutschein beantragen. Hiermit kann einmal im Jahr entgeltfrei ein Kurs oder eine andere Veranstaltung der VHS besucht werden. Das gilt auch für Angehörige, die mit der leistungsberechtigten Person in einer so genannten „ Bedarfsgemeinschaft“ leben. Der angesprochene Personenkreis soll nicht von der öffentlichen Weiterbildung ausgeschlossen werden, sondern vielmehr einen Anreiz zur persönlichen Weiterbildung und beruflichen Orientierung erhalten.

Dieses — für den städtischen Haushalt neutrale „Bildungsgeschenk“ hatte die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN seiner Zeit mit einem Antrag im Kulturausschuss angeregt. Der Ausschuss begrüßte die Idee und beschloss die Einführung der kostenlosen VHS-Gutscheine einstimmig zunächst probeweise für ein Jahr.

Im Zeitraum vom September 2005 bis Juni 2006 haben bisher 172 Interessierte einen solchen Gutschein genutzt. Die Volkshochschule wirbt dafür, dass es in Zukunft noch mehr Personen werden.

Die Gutscheine gibt es im Bürgeramt (altes Postgebäude) und im Haus der VHS an der Friedrichstraße.

→ Seiten der VHS Gladbeck

→ Grüner Antrag von April 2005

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Greenplease-Archiv
In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ zum Archiv

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

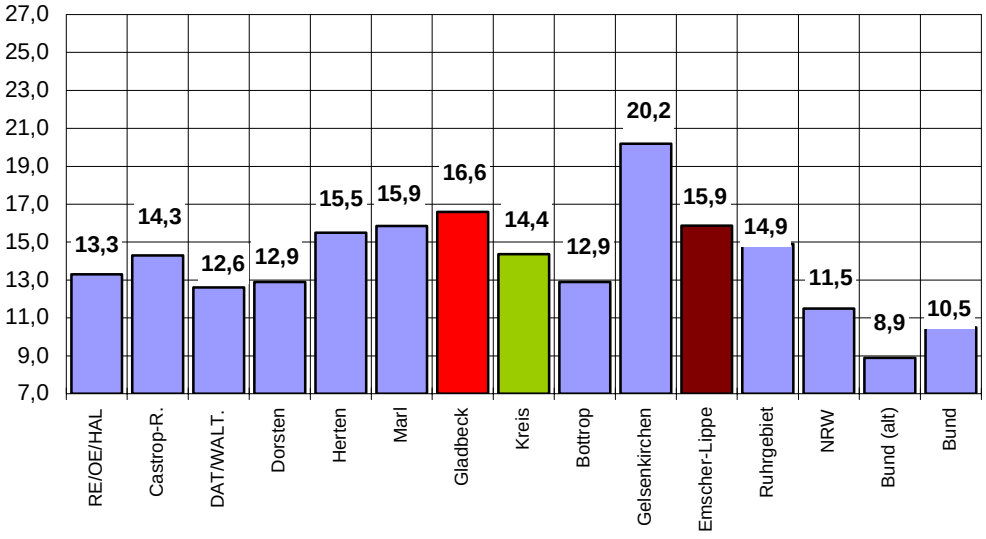
Trügerische Lage am Arbeitsmarkt

[Berlin] Zu den Arbeitsmarktzahlen für den Monat Juli 2006 erklärt Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion:

So sehr man sich über jeden einzelnen Beschäftigungslosen weniger freuen darf: Die neuen Zahlen vom Arbeitsmarkt sind kein Anlass für Euphorie. Beim genauen Blick in die Statistik steigt die Sorge. Eine wachsende Stille Reserve, Mini- und 1-Euro-Jobs und Einmaleffekte hübschen die Juli-Bilanz ordentlich auf. In der Realität dagegen verschärft sich die Spaltung des Arbeitsmarktes weiter.

Wie trügerisch die Lage ist, belegt die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die davon ausgeht, dass sich das Ausmaß der Unterbeschäftigung in 2006 nur wenig ändern wird. Überdies wird das Problem der Langzeitarbeitslosen im Jahresverlauf wachsen, weil sie weder aktuell noch in Zukunft von leichten Erholungen am Arbeitsmarkt profitieren.

Die Arbeitsmarktkonjunktur hat ein Verfallsdatum. Heute weht ein laues Lüftchen. Aber mit der Mehrwertsteuererhöhung und dem schwarz-roten Gesundheitsmurks ist der scharfe Gegenwind für die Konsolidierung schon von der Regierung beschlossen. Wer die heutigen Zahlen als sensationell oder gar als Kehrtwende einstuft, verharmlost die Lage am Arbeitsmarkt.



Im Juli sank die Arbeitslosenquote in Gladbeck (roter Balken) gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozentpunkte (Quelle: Kreis Recklinghausen)